

## **8. Sitzung**

### **des Gemeinderates der Stadtgemeinde Stockerau**

### **am 4. Februar 2016**

#### **Anwesend:**

|                      |                                                                                                                                                                                                                   |
|----------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Bürgermeister:       | ----                                                                                                                                                                                                              |
| Vizebürgermeisterin: | Hermanek Susanne SPÖ                                                                                                                                                                                              |
| Stadträte-SPÖ:       | Eisler Elfriede, Holzer Othmar, Ryba Günter                                                                                                                                                                       |
| Stadträte-ÖVP:       | Dr. Moser Christian, Mag. (FH) Völkl Andrea                                                                                                                                                                       |
| Stadtrat-FPÖ:        | Kube Erwin                                                                                                                                                                                                        |
| Gemeinderäte-SPÖ:    | Ambrosch Walter, Bauer Johann, Buchta Brigitte,<br>Frithum Gabriele, Gübler Gerda, Hellwein Christian,<br>Ibraimi Setki, Minibeck Manfred, Pollak Daniel,<br>Preyss Michael, Mag. Riedler Corinna, Ruzicka Jürgen |
| Gemeinderäte-ÖVP:    | Dkkfm. Bartosch Johannes, Mag. Falb Martin,<br>Handschuh Monika, Hetzendorfer Gregor,<br>KR Hopfeld Peter, Kopf Eleonore,<br>Mag. Trabauer Manuela,                                                               |
| Gemeinderäte-FPÖ:    | Inführ Reinhard, Mayer Wolfgang, Wiesner Karin                                                                                                                                                                    |
| Gemeinderäte-GRÜNE:  | DI Pfeiler Dietmar, Schneider Alexandra, Mag. Straka Andreas                                                                                                                                                      |
| Gemeinderat-NEOS:    | -----                                                                                                                                                                                                             |

#### **Entschuldigt:**

Bgm. Laab Helmut (SPÖ),  
StR OSR Kronberger Karl (ÖVP),  
GR Dummer Gerhard (ÖVP),  
GR Dr. Fischer Martin (NEOS)

Namensnennungen im Folgenden ohne Titel.

**Ort:** Rathaus Stockerau - großer Sitzungssaal

**Beginn:** 18:30 Uhr

**Ende:** 20:25 Uhr

### **Tagesordnung:**

- I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit
- II. Genehmigung des Protokolls vom 10.12.2015
- III. Abstimmung über den Misstrauensantrag  
vom 26.01.2016 (eingelangt am 27.01.2016)

### **I. Eröffnung der Sitzung – Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Vizebürgermeisterin Hermanek eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Mitglieder des Gemeinderates wurden ordnungsgemäß eingeladen, die Tagesordnung ist rechtzeitig kundgemacht worden und es erfolgten keine Einwendungen.

### **II. Genehmigung des Protokolls vom 10.12.2015**

Es wird der Antrag gestellt, das Protokoll vom 10.12.2015 unverlesen zu genehmigen. Es entspricht dem Sitzungsverlauf und es gab keine Einwendungen.

#### **Beschluss:**

**einstimmig beschlossen**

#### **Abstimmungsergebnis:**

|                  |       |    |
|------------------|-------|----|
| Gegenstimmen:    | SPÖ   | 0  |
|                  | ÖVP   | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | NEOS  | 0  |
| Stimmenthaltung: | SPÖ   | 0  |
|                  | ÖVP   | 0  |
|                  | FPÖ   | 0  |
|                  | GRÜNE | 0  |
|                  | NEOS  | 0  |
| Prostimmen:      | SPÖ   | 16 |
|                  | ÖVP   | 10 |
|                  | FPÖ   | 4  |
|                  | GRÜNE | 3  |
|                  | NEOS  | 0  |

### **III. Abstimmung über den Misstrauensantrag vom 26.01.2016 (eingelangt am 27.01.2016)**

Vizebürgermeisterin Hermanek: Aufgrund des Antrages der GRÜNEN Stockerau auf Ausspruch des Misstrauens gem. § 112 der NÖ Gemeindeordnung findet heute diese Sitzung innerhalb der gesetzlichen Frist statt.

Mit Schreiben vom 26. Jänner 2016, bei der Stadtgemeinde am 27.01.2016 eingelangt, stellen die **GRÜNEN Stockerau folgenden Antrag:**

Wir beantragen gemäß § 112 der NÖ Gemeindeordnung eine Sitzung des Gemeinderates zum Ausspruch des Misstrauens gegen Bürgermeister Helmut Laab. Unterzeichnet von GR Pfeiler, GR Schneider und GR Straka.

Gibt es dazu eine Wortmeldung?

Gemeinderat Falb: Ich habe nur ein formales Thema. Wir sind ehrlicherweise etwas überrascht, dass der Herr Bürgermeister heute nicht anwesend ist und an dieser Sitzung teilnimmt. Ob das rechtlich zulässig ist oder was, ist völlig egal, spielt auch hier keine Rolle. Politisch und von der Optik ehrlicherweise halten wir es für sehr zweifelhaft, weil wir glauben, dass das schon irgendwo dialogisch auch stattfinden soll. Es geht schließlich um die Person des Bürgermeisters bzw. seine Abberufung von dem Amt. Er soll, glaube ich auch, die Möglichkeit haben, sich in der Debatte einzubringen, weil ich nehme an, es wird auch begründet werden, warum man den Herrn Bürgermeister von seinem Amt abberufen will. Er sollte zumindest irgendwie eine Gegenposition auch einnehmen können.

Deswegen möchte ich vorschlagen, dass die Sitzung unterbrochen wird, bis der Herr Bürgermeister an ihr teilnehmen kann. Danke.

Vizebürgermeisterin Hermanek: Dazu möchte ich erstens einmal sagen, dass das Herrn Bürgermeister seine persönliche Entscheidung ist und in der Gemeindeordnung kein "muss" drinnen steht. Ich möchte nur sagen, damit es auch für andere klar ist, und abstimmen darf er ja sowieso nicht. Es ist seine persönliche Entscheidung.

Gemeinderat Falb: Es ist seine persönliche Entscheidung. Das ist überhaupt keine Frage und ich habe es nicht rechtlich in Zweifel gezogen.

Vizebürgermeister Hermanek: Ich wollte nur sagen, damit es auch alle anderen wissen, dass es in der Gemeindeordnung nicht vorgesehen ist, dass er hier anwesend sein muss.

Gemeinderat Falb: Eh nicht, das habe ich auch nicht behauptet. Ich habe nur gesagt, politisch wäre es angenehm, wenn er da wäre. Dann könnte man diskutieren.

Deswegen schlage ich vor, die Sitzung so lange zu unterbrechen, bis er da ist. Das war mein Vorschlag.

Stadtrat Holzer: Der Bürgermeister hat sich entschuldigt. Da können wir die Sitzung unterbrechen oder nicht. Das ist seine Entscheidung. Mein Vorschlag ist, dass die GRÜNEN ihren Antrag begründen oder auch nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung. Und das war es.

Gemeinderat Falb: Es ist in Ordnung, wie es hier formuliert wird. Ich habe es nur – ich argumentiere politisch. Dass es so ist, wie du es sagst, das bestreite ich ja überhaupt nicht. Ich würde nur gerne vorschlagen, dass wir die Sitzung – wir sollten ihm, glaube ich, die Gelegenheit auch geben, Argumente zur Verteidigung seiner Position vorzubringen. Immerhin wird hier nicht über irgendetwas abgestimmt sondern darüber, ob er weiterhin Bürgermeister der Stadt Stockerau ist oder nicht. Ich finde, er sollte dazu zumindest auch die Gelegenheit haben bzw. wahrnehmen, uns zu erläutern, warum er in dieser Funktion geeignet ist und weiter verbleiben soll. Ich glaube, das ist ein legitimes Recht auch vom Gemeinderat, das zu erfahren. Danke.

Vizebürgermeisterin Hermanek: Dazu möchte ich sagen. Jeder im Gemeinderat hat die Möglichkeit sich zu entschuldigen für eine Sitzung. So hat auch der Bürgermeister das Recht, sich zu entschuldigen.

Gemeinderat Hopfeld: Ich muss schon eines dazu sagen. Da geht es um die Person. Ich mache eine Sitzung und es geht um die Person des Bürgermeisters und der Bürgermeister ist nicht da. Der kann sich nicht rechtfertigen. Was sollen die Statements oder sonst irgendetwas jetzt ergeben.

Vizebürgermeister Hermanek: Vielleicht muss er sich gar nicht rechtfertigen, wenn er keine Schuld hat, warum soll er sich rechtfertigen. Entschuldigung!

Gemeinderat Hopfeld: Aha, ok, dann ist es in Ordnung.

Vizebürgermeister Hermanek: Ist auch eine Möglichkeit – oder?

Gemeinderat Straka: Wenn Anfragen gestellt werden, sollten diese in der nächsten Sitzung beantwortet werden. Das ist in den normalen Sitzungen auch so. Wenn der Bürgermeister zu etwas nicht Stellung nehmen kann, wird das in der nächsten Sitzung beantwortet. Ich würde vorschlagen, dass wir das jetzt auch so handhaben.

Vizebürgermeisterin Hermanek: Ja, genau.

Gemeinderat Straka: Gut.

Vizebürgermeisterin Hermanek: Dann bitte ich.

Gemeinderat Straka: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebes Publikum!  
Die Nichtanwesenheit des Bürgermeisters bestätigt einen unserer Kritikpunkte und das ist die Informationsverweigerung.  
Wir haben uns gemeinsam entschlossen, einen Antrag für eine Gemeinderatssitzung gemäß §112 NÖ GO zum Ausspruch des Misstrauens gegen Bürgermeister Helmut Laab zu stellen. Eine Reihe von Gründen hat uns dazu bewogen, die wir nun vorbringen werden. Es ist vielleicht für einige nicht der große Skandal – wir sind uns jedoch sicher, dass auch viele kleinere Missstände in Summe ausreichen, um diesen Schritt zu rechtfertigen:

- Ein Bürgermeister sollte verbindend und integrativ wirken, anstelle die Brücke zu anderen Fraktionen, zu den BürgerInnen und auch zu Teilen der Presse abubrechen.
- Der Gemeinderat ist das von der Stockerauer Bevölkerung im Rahmen der repräsentativen Demokratie gewählte Beschlussgremium der Stadt Stockerau. Die hier in diesem Saal getroffenen Beschlüsse sind aus unserer Sicht bindende Vorgaben, die vom Bürgermeister mit der Unterstützung der Stadtverwaltung umzusetzen sind. Die laufende Nicht-Umsetzung bzw. Nicht-Beachtung von unterschiedlichen Gemeinderatsbeschlüssen können und wollen wir nicht länger hinnehmen, und war daher ein wesentlicher Grund für den Antrag zum Ausspruch des Misstrauens gegenüber Bürgermeister Laab.

Anhand von vier Gemeinderatsbeschlüssen – aus unserer Sicht wesentliche Sachverhalte – sei dieses Problem exemplarisch dargestellt.

1. Der Gemeinderatsbeschluss vom 18.06.2013 zur Information des Gemeinderates über die Kommunale Immobilien Liegenschaftsverwaltungs- und Verwertungsgesellschaft m. b. H. Stockerau (KIG), wurde noch immer nicht zur Gänze erfüllt.

So werden dem Gemeinderat nach wie vor vollständige Planrechnungen und Vergleiche mit den Bilanzen, in den Tätigkeitsberichten Angaben über Entwicklung der Mieten und Leerstände bezüglich Gemeindewohnungen und Geschäftslokalen vorenthalten. Die Informationen, die wir bekommen, erhielten wir erst, nachdem die Grünen bei der Gemeindeaufsicht Beschwerde eingelegt hatten.

Es werden nun zwar die Jahresabschlüsse der KIG rechtzeitig vorgelegt. Diskussionen über die angespannte Situation der KIG finden nach wie vor nicht statt. Gleichzeitig werden dem Gemeinderat laufend neue Beschlüsse zur Finanzierung der KIG abverlangt. Das ist im Grunde nicht akzeptabel.

2. Der Gemeinderatsbeschluss vom 12.12.2010 betrifft Subventionsrichtlinien für Gemeindeförderungen. Die wurden in der letzten Gemeinderatssitzung, wo die Subventionen für 2015 vergeben wurden, wieder einmal nicht angewandt. Obendrein hat man dem Rechnungshof im Jahr 2014 berichtet, dass die Förderungsgründe und Förderungswirkungen (Empfehlung 47) sowie die Beachtung der Förderungsrichtlinien (Empfehlung 49) umgesetzt wurden. Neben dieser offensichtlichen Fehlinformation des Rechnungshofes kommt hinzu, dass der Bürgermeister die vom Gemeinderat beschlossenen Förderrichtlinien in der letzten Sitzung als theoretisch und nicht umsetzbar bezeichnet hatte. Gut – kann sein, dass es hier einen Anpassungsbedarf gibt, aber dann wäre es die Aufgabe des Bürgermeisters in den letzten Jahren gewesen, eine Anpassung oder Änderung der Förderrichtlinien in diversen Ausschüssen (z.B. im Finanzausschuss) zu initiieren. Dafür wäre viel Zeit gewesen, denn bereits die Förderungen 2012, 2013, 2014 wären nach den Förderrichtlinien abzuwickeln gewesen. Zu dieser Initiative ist es aber nicht gekommen, dafür aber zu einer patzigen Schuldzuweisung, weil man sich erlaubt hat, hier auf Vorgaben hinzuweisen. Und um hier eines inhaltlich klar zu stellen – es geht uns nicht darum, irgendeinem Verein etwas wegzunehmen, sondern darum, Klarheit und Nachvollziehbarkeit sicherzustellen, damit jeder Verein dokumentiert, wieviel er wofür bekommt, und dass er gegenüber anderen Vereinen nicht schlechter gestellt wird.
3. Ein weiterer Gemeinderatsbeschluss vom 25.03.2010 betrifft die Umwandlung eines Teiles des Kassenkredites in einen langfristigen Kassenkredit in der Höhe von € 6 Mio. Zur Rückzahlung wurde eine Rahmenreduktion in der Höhe von € 1,5 Mio. alle 5 Jahre, ab dem Jahr 2013 mit vierteljährlichen Zahlungen beschlossen. Laut uns vorliegenden Rechnungsabschlüssen aus den Jahren 2013 und 2014 wurden jedoch keine

Rückzahlungen geleistet. Erst nach der Auflösung der Rücklage im vorigen Jahr wurde eine Rückzahlung getätigt.

4. Der Gemeinderatsbeschluss vom 09.09.2015 betrifft die Umsetzung einer angemessenen Informationspolitik zum Thema Asyl in Stockerau. Darüber wird Alexandra Schneider ausführlich berichten.

Bei diesen Beispielen - KIG/Vereinssubventionen/Finanzangelegenheiten/ Informationspolitik – geht es auch um unser Selbstverständnis und letztlich auch um unsere Glaubwürdigkeit als GemeinderätInnen bzw. als Gemeinderat im Ganzen, ob wir auch die Umsetzung unserer Beschlüsse einfordern, oder ob wir es dem Bürgermeister Laab überlassen - ob, wann und wie - er diesen Beschlüssen nachkommt.

- Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass es keine angemessene Informationspolitik bezüglich Gemeindearbeit oder sonstigen Angelegenheiten gibt.

Es gibt zahlreiche Fragen. Die im Gemeinderat an den Bürgermeister gestellten Fragen bleibt dieser die Antworten schuldig. Nach wie vor fehlen Protokolle, z.B. von Sitzungen des Finanzausschusses. Um zu Informationen zu verschiedenen Sachthemen zu gelangen, bleibt uns in vielen Fällen nur der Weg, Dringlichkeitsanträge im Gemeinderat zu stellen. Zuletzt am Beispiel Umsetzungsstatus der öffentlichen Gebäude betreffend Bundesbehindertengleichstellungsgesetz.

Viele Informationen erhalten wir verspätet, manche aus der Zeitung, manche auch zufällig.

Und zu einer solchen habe ich **eine Frage an den Bürgermeister:**

Welches Interesse kann die Stadtgemeinde haben, dass „gute Bekannte“ des Bürgermeisters Wohnungen bei einer Wohnungsgenossenschaft erhalten sollen? Was ist das öffentliche Interesse daran? Hinzu kommt, dass hier vom Bürgermeister, der obersten Baubehörde der Stadt gegenüber einem Bauwerber in Stockerau Bevorzugungen bei der Wohnungsvergabe unter Vorgabe des öffentlichen Interesses zum Ausdruck gebracht werden. Hier besteht unserer Meinung nach die Gefahr, dass problematische Abhängigkeiten zwischen Bauwerber und der Genehmigungsbehörde entstehen.

Wenn sich der Bürgermeister als Privatperson dafür einsetzt, ist das ok. Aber dies als Anliegen der Stadtgemeinde zu bezeichnen, sehe ich als Überschreitung seiner Befugnisse und hätte diesbezüglich gerne eine Antwort.

Es fehlt uns einfach das Vertrauen, dass Bürgermeister Laab in den nächsten Jahren seine Arbeitsweise gegenüber dem Gemeinderat ändern wird.

Es fehlt uns das Vertrauen, dass Bürgermeister Laab in den nächsten Jahren die derzeit unzureichende Informationspolitik gegenüber dem Gemeinderat bzw. der Öffentlichkeit ändern wird. Daher der Antrag zum Ausspruch des Misstrauens gegenüber Bürgermeister Laab.

Gemeinderätin Schneider: Zuerst möchte ich auch sagen, dass ich es sehr schade finde, dass Herr Bürgermeister nicht da ist, weil er doch das Recht hat, bei der Beratung anwesend sein zu dürfen. Er hat sein Recht nicht in Anspruch genommen. Das finde ich sehr schade.

Ich schließe mich natürlich vollinhaltlich meinem Parteikollegen an und möchte an dieser Stelle, wie bereits Herr Straka erwähnt hat, auf das Asylthema eingehen. Vorher möchte ich noch einleitend sagen, dass ich als Gemeinderätin die Aufgabe habe, das Wohl der Gemeinde Stockerau nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern. Das haben wir alle in unserem Gelöbnis abgelegt.

Herr Laab macht es unmöglich, dieser Verantwortung nachzukommen, weil er Informationen bewusst zurückhält. Es geht nicht nur um Informationen, die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte benötigen, um Entscheidungen zu treffen, sondern es geht hier vor allem um Informationen, die für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt unverzichtbar sind.

Nun zum Asylthema: Im vergangenen Jahr hat sich die Flüchtlingssituation in Europa zuge-spitzt. Jeder Bürgerin, jedem Bürger dieses Landes ist es bewusst geworden, dass eine große Herausforderung auf jeden einzelnen und ganz besonders auf die Gemeinden zukommt. Auch die Stockerauer Bevölkerung macht sich Sorgen, welche Asylwerberinnen und Asylwerber wir aufnehmen werden. Wann? Wie und von wem werden sie betreut werden? Wie viele werden kommen? Wohin werden sie kommen? Was hat unser Bürgermeister unternommen, um all diese Fragen zu beantworten? Er hat den Sand in den Kopf gesteckt. Darum haben wir bereits im April im Sozialausschuss angeregt, eine überparteiliche Arbeitsgruppe zu installieren. Keine Reaktion. Im Gemeinderat im Juni 2015 haben wir einen gemeinsamen Antrag mit der ÖVP gestellt, es soll eine Asylstrategie ausgearbeitet werden für unsere Stadt. Ablehnung. Kurz darauf haben wir einen offenen Brief an den Herrn Bürgermeister geschrieben, mit dem dringenden Aufruf zum Handeln. Keine Reaktion. In der Gemeinderatssitzung am 9. September wurde endlich ein einstimmiger Beschluss gefasst für eine angemessene Informationspolitik, um Ängste und Ablehnungen aus der Bevölkerung zu vermeiden, und damit Integration zu ermöglichen. Am 21. Jänner erfahren wir alle aus den Medien, dass die ersten Asylwerber im Bezirksgericht sind. Das ist, meine Damen und Herren, keine angemessene Informationspolitik. Für mich ist es so, dass der Bürgermeister den Gemeinderatsbeschluss einfach ignoriert hat. Mit der Überschrift "fünf nach zwölf" wurde genau vor drei Tagen auf der Stadthomepage informiert und eine Informationsveranstaltung angekündigt, so wie es von uns schon im April angeregt wurde. Offensichtlich benötigt man einen Misstrauensantrag, damit der Gemeinderatsbeschluss umgesetzt und die Bürgerinnen und Bürger informiert werden. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Gemeinderat Pfeiler: Ein Mosaikstein, der mitausschlaggebend war für die Formulierung dieses Antrages in der heutigen Sitzung, sind die finanziellen und großen Probleme in der Stadtgemeinde Stockerau und in der KIG.

Der Gemeindehaushalt befindet sich seit Jahren in einer extremen Schieflage, seit Jahren kann keine positive Finanzspitze erzielt werden und die Zahlungsmoral gegenüber unseren Lieferanten ist äußerst schlecht. Im Verhältnis der Größe der Stadt und für die Größe des Budgets angemessen sind für Kleinbeträge zwischenzeitlich Kreditaufnahmen erforderlich. In den letzten Jahren und auch 2016 – mit Ausnahme 2015 – war die Neuverschuldung größer als die Tilgungen, mit der Folge steigender Verschuldung der Stadt.

Neben der Auflösung der letzten Rücklage (aus dem Verkauf der Sparkasse), der Erzielung von Einmaleffekten (z.B. aus Grundstücksverkäufen) wird vor allem auf eine langfristige Umschuldung gesetzt, die in den nächsten 4 bis 5 Jahren etwas budgetäre Luft schaffen soll, um die Verpflichtungen z.B. für die KIG irgendwie stemmen zu können, ohne strukturelle Veränderungen im Gemeindehaushalt vornehmen zu müssen.

Das führt uns dann zur KIG. Die KIG befindet sich ebenfalls seit mehreren Jahren in einer äußerst kritischen Unternehmenssituation. Gemäß URG konnten für 2014 keine fiktive Schuldentilgungsdauer ermittelt werden. Es gibt eine negative Eigenmittelquote und dem jährlichen Jahresumsatz von ca. € 3,3 Mio. stehen Kredite von mindestens € 55 Mio., unverhältnismäßig große Kredite, gegenüber. Die KIG kann derzeit nur wirtschaftlich überleben,

weil es laufend Kapitalzuführungen der Stadtgemeinde Stockerau braucht bzw. Haftungsübernahmen notwendig machen, um hier wirtschaftlich überleben zu können.

Das war also ein Grund. Wir haben einfach nicht das Vertrauen, dass Bürgermeister Laab hier in den nächsten Jahren die finanzielle Situation der Stadtgemeinde Stockerau sowie der KIG durch umfassende wirtschaftliche Maßnahmen nachhaltig positiv verändern kann.

Das war eben ein Grund für diesen Antrag.

Stadträtin Völkl: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates.

Als erstes muss ich auch sagen, ich finde es wirklich sehr betrüblich, dass Herr Bürgermeister dieser Sitzung fernbleibt. In dieser Sitzung ist ein einziger Abstimmungspunkt, – der Missbrauchsantrag – betrifft das Amt des Bürgermeisters. Das Amt des Bürgermeisters ist das höchste Amt in dieser Stadt. Der Termin ist nicht abgestimmt worden, der Termin wurde ausgesendet und alle haben sich hier Zeit genommen und sind gekommen und der Herr Bürgermeister könnte hier eigentlich die Möglichkeit wahrnehmen und sich mit den Kritikpunkten auseinandersetzen. Durch sein Fernbleiben sendet er meiner Meinung nach schon ein sehr starkes Signal aus und das finde ich sehr betrüblich, weil es ist ein Signal, welches die Kritikpunkte eigentlich, die die Grünen in ihrem Antrag formuliert haben, also mangelnde Information, Kommunikation eigentlich bestätigt. Ich hätte es auch als Zeichen des Respektes uns gegenüber gesehen, den Mitgliedern dieses Gemeinderates, wenn er hier anwesend gewesen wäre und mit uns die Diskussion und das Gespräch gesucht hätte.

Am 4. März 2015 fand in diesem Saal, das ist genau 11 Monate her, die konstituierende Sitzung des Gemeinderates statt. Zum Amtsantritt für diese Wahlperiode haben wir die Antrittsrede des Bürgermeisters gehört. Und ich muss hier sagen, es war inhaltlich eine sehr gute Rede. Jeder, der zugehört hat, hat den Eindruck gehabt, in dieser Stadt ändert sich jetzt etwas. Da wird angepackt, da werden die Themenfelder angegangen, da bewegt sich jetzt etwas mit diesem Neustart und es gibt eine Veränderung. Die Rede hat mit den Worten begonnen "ich möchte dem Gemeinderat meine Zusammenarbeit anbieten und einladen, die zukünftigen Aufgaben gemeinsam in Angriff zu nehmen". Die nächsten Monate haben aber dann schon gezeigt, dass es mit der Zusammenarbeit nicht so aussieht, wie angekündigt, sondern dass es eher eine Holschuld der anderen ist. Weiters in der Rede ist der Herr Bürgermeister dann auf die Finanzen eingegangen. Er hat auch auf die zwingende Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung hingewiesen und auch auf die verstärkte Einbindung der verantwortlichen Stadträte für ihr Ressort. "Diese Verantwortung muss wahrgenommen werden". Aus eigener Erfahrung kann ich Ihnen sagen, für das Kulturressort, es ist nicht so einfach, hier aktiv mitzuarbeiten, und dass man nicht willkommen geheißen wird, wenn man sich einbringen will. Aber vielleicht muss man das ein wenig differenziert sehen, weil diese Einbindung der Stadträte auch im Arbeitsübereinkommen von FPÖ und SPÖ festgeschrieben ist. Und vielleicht gilt diese verstärkte Einbindung ja auch nur für Stadträte der SPÖ und FPÖ. Im Weiteren wurde in der Rede eine Implementierung eines externen Controllers gefordert. Das war eigentlich eine sehr starke Forderung der FPÖ und ist auch im Arbeitsübereinkommen festgeschrieben. Aber vor 11 Monaten angekündigt und bis heute weder erwähnt, geschweige denn umgesetzt. Auch das Organigramm hat Herr Bürgermeister damals erwähnt. Bereits vor 11 Monaten lag der Vorschlag, der noch immer auf dem Tisch liegt und wartet, dass er bearbeitet wird und umgesetzt wird, vom KDZ vor. Wie wir alle wissen, die diesem Gemeinderat angehören, es wird geplant, im Herbst wird das Organigramm angegangen. Ein weiterer Punkt in der Antrittsrede war das Verkehrskonzept. Und wieder ist in diesen 11 Monaten null passiert und nichts ist weitergegangen. Aber das braucht einen vielleicht nicht zu verwundern, weil, wenn



schon ein Konzept auf Kredit finanziert wird, was soll dann noch für die Umsetzung übrig bleiben. Auch zu den Plänen für Stadtentwicklung und für die Förderung von Betriebsansiedelungen haben wir in der Antrittsrede gehört - Arbeitsplätze für die Stadt durch neue Betriebe, ein absolut verfolgenswertes, wünschenswertes Ziel. Wieder in der Antrittsrede und auch im Arbeitsübereinkommen festgeschrieben, aber jedoch kein Wort vom Bürgermeister mehr und auch nicht von seinem Stellvertreter in dieser Sache, eine Eigeninitiative ist zu diesem Punkt dann im Sommer von Herrn Dr. Christian Moser ausgegangen. Die Festspiele haben wir auch in der Antrittsrede des Bürgermeisters Erwähnung gefunden, aber nicht als besonderes kulturelles Highlight und Aushängeschild der Stadt, nein, die Erwähnung, wie auch im Arbeitsübereinkommen, der Festspiele ist eigentlich immer im Zusammenhang mit den finanziellen Kriterien, dass es ganz wichtig ist, dass hier das Budget eingehalten wird und die € 130.000,- Subvention von der Gemeinde gedeckelt sind. Wenn diese nicht eingehalten werden, dann muss man sich um die Sorgen der Festspiele wirklich sorgen. Aber wir haben einen Gesamtschuldenstand, wie bereits erwähnt worden ist, Gemeinde und KIG gemeinsam, von € 120 Mio. und eine Neuverschuldung pro Jahr von ca. € 2 Mio., dann werden die Festspiele und diese Subvention immer als das kritische Mahnmal herangezogen, die die Gemeinde in den Abgrund stürzen. Auch die Schaffung von zusätzlichen Kindergartengruppen und der Platz für Nachmittagsbetreuung für Volksschulen ist eingehend behandelt worden. "Junge Familien siedeln sich in Stockerau an. Wir sind ein Zuzugsgebiet. Jede Familie, jedes Kind soll einen guten Betreuungsplatz haben." Ja, wir wissen, die Kindergärten sind voll, voll belegt. Mit Herbst 2015 haben wir eine neue Gruppe schaffen müssen, aber nicht an einem fixen Standort, weil man hier nicht vorausgeplant hat, sondern provisorische Gruppen, abgetrennt von den Haupthäusern. Lobenswert in der Rede war auch die Aussage "der Schulstandort Stockerau soll gestärkt werden, hinsichtlich höherer berufsbildender Schulen, aber auch zur Absicherung der beiden Berufsschulen in dieser Stadt, die an eine lange Tradition zurückblicken". Das war vor 11 Monaten und ich weiß nicht, ob das allen bekannt ist, die Kfz-Mechaniker-Schule ist nicht mehr Standort Stockerau. Das ist jetzt schon, in diesen paar Monaten, eine Außenstelle von Eggenburg. Also da zeigt sich schon, wir sind schon in Bedrängnis. Und für eine Kooperation, für eine Fachhochschule, dass hier eine Außenstelle, eine Dependence nach Stockerau kommt, auch in der Antrittsrede gesagt, ist wieder Dr. Christian Moser, der hier aktiv wurde. Also, ich muss noch einmal sagen, inhaltlich war es eine sehr gute Antrittsrede, aber mir scheint, diese Rede, die Herr Bürgermeister hier gehalten hat, erleidet das gleiche Schicksal wie vielleicht eines der Konzepte, das Verkehrskonzept, denn diese Rede ist für die Schublade geschrieben und nicht für die Umsetzung. Danke.

Stadtrat Moser: Sehr geehrte Damen und Herren!

Der heutige Tag ist in gewisser Hinsicht ein historischer Tag. Es ist sicherlich auch ein Tag, den sich viele in der Stockerauer Gemeindepolitik gerne erspart hätten und auch mir ist es genauso ergangen. Der Antrag der Grünen liegt nun einmal vor und wir müssen uns damit auseinandersetzen. Da muss man sich schon einmal die Frage stellen. Ist es ein geeignetes Mittel? Ist es ein angemessenes Mittel? Eine allgemeine Unzufriedenheit mit konkreten einzelnen Problemen und ob das diesen Problemen, diesem Gefühl angemessen ist? Aber wie wir gehört haben, ist es das demokratische Recht einer jeden Fraktion, jedes einzelnen Gemeinderates, hier einen Misstrauensantrag zu stellen. Ich persönlich habe mit der politischen Logik der Kollegen von den Grünen immer wieder meine Probleme gehabt und ich darf daran erinnern, dass gerade die Grünen es waren, die durch ihr Verhalten bei den Koalitionsverhandlungen indirekt sogar die Mitarchitekten von rot/blau, von der Rot-Blauen-Koalition waren. Aber wie auch immer, der Antrag liegt da und wir, jeder einzelne Gemeinderat von uns muss

sich jetzt ein Urteil darüber bilden. Zur Entscheidungsfindung ist es sicherlich gut, so wie es auch Stadträtin Völkl gemacht hat, hier Rückblick zu halten, wie ist dieses knapp erste Jahr der gemeinsamen Ehe "rot und blau" verlaufen. Für meinen Bereich, für den ich heute sprechen darf, für die Finanzen fällt die Bilanz tatsächlich ziemlich bescheiden aus. In Wahrheit ist es genauso gelaufen, wie es vor einem Jahr begonnen hat. Begonnen hat es, das wissen wir alle, mit einer gewissen Strafexpedition gegen kritische, gegen konstruktive Kollegen aus unserem Kreis. Ich darf erinnern, Vizebürgermeisterin Niederhammer, Herr Stadtrat Hopfeld, Herr Stadtrat Straka wurden damals abgehalftert, quasi demontiert, und in dieser Tonart ist es weiter gegangen. Egal ob es jetzt gegangen ist um Sitzungstermine, die so kurzfristig wie nur möglich angekündigt wurden, wo jede Frage, jede Anregung, oft auch jede Wortmeldung wie ein Angriff, wie eine Belästigung aufgefasst wurde in öffentlichen Sitzungen, aber durchaus, das kann ich bestätigen, erst in letzter Woche, auch in nicht öffentlichen Sitzungen wie in Ausschüssen oder in der KIG. Die fehlende Einbindung bei der Erstellung des Budgets wurde erwähnt, das brauche ich nicht weiter ausführen. Konkret inhaltlich kann ich viele Argumente, die Herr Kollege Pfeiler gebracht hat, nur unterstreichen. Beim Budget - die Schulden steigen auch heuer wieder um € 2 Mio., Personalkosten, die ohnehin auf hohem Niveau sind, steigen, die Gebühren für die Bevölkerung steigen, in der KIG detto, kommt nicht vom Fleck, die Mieteinnahmen stagnieren, die Administrations- und Verwaltungskosten steigen, KIG kommt nicht aus den Medien, eine fragwürdige Einigung, über die wir in der öffentlichen Sitzung nicht sprechen dürfen, kommt dazu. Externer Controller wurde ebenfalls schon angesprochen. Das einzige Thema, das mit Hochdruck, das mit Akribie, das mit Detail verfolgt wird, ist eine Umschuldung der Bankverbindlichkeiten der Stadtgemeinde auf eine Laufzeit von 30 Jahre mit niedrigeren Anfangsraten und einer hohen Belastung für unsere Kinder, für unsere Enkelkinder, in 30 Jahren noch immer.

Jetzt kann man sich die Frage stellen, ist das alles die Schuld von Herrn Bürgermeister Laab. Wahrscheinlich nicht. Aber Tatsache ist, er trägt die politische Letztverantwortung. Herr Bürgermeister Laab, den ich als Mensch, den ich als Persönlichkeit jedenfalls Respekt, jedenfalls Wertschätzung entgegenbringe, trägt hier die politische Letztverantwortung. Er trägt sie gemeinsam, das möchte ich ausdrücklich betonen, auch mit Herrn Stadtrat Kube, der eine steile, politische Karriere gemacht hat, in den vergangenen Monaten vom Gemeinderat, Stadtrat, Bürgermeisterstellvertreter oder stellvertretender Bürgermeister, wie er sich gerne selber in den Medien, in den elektronischen Medien bezeichnet. Auch er trägt hier eine politische Mitverantwortung, eine politische Letztverantwortung. Klar, es sind schwerwiegende Argumente, die bereits genannt wurden, die ich auch angeführt habe. Ob das für einen Misstrauensantrag ausreicht, muss jeder der hier anwesenden Kollegen für sich selber beantworten. Naturgemäß erst nach dem Anhören aller Argumente. Danke.

Gemeinderat Hopfeld: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Kollegen vom Gemeinderat!

Als erstens muss ich auch festhalten, dass mir diese Vorgangsweise in Bezug auf Misstrauensantrag gegenüber die Person Bürgermeister Laab nicht besonders gefällt. Aus meiner Sicht wäre eine intensive, kritische Gemeinderatssitzung genauso gut gewesen und es wäre wahrscheinlich derselbe Effekt gewesen. Nachdem ich aber nun hier die Chance habe, auch meinen Unmut, ist vielleicht nicht der richtige Ausdruck, aber mein Bedenken auszudrücken, möchte ich schon festhalten. Ich bin zum Teil über die Führung der Kommune nicht sehr glücklich. Ich möchte das aus dem einfachen Grund sagen, ich erinnere nur, wie diese Regierung zustande gekommen ist, ich habe einen Tag, bevor die Festlegung war, in einem Vieraugengespräch mit Herrn Bürgermeister genau auf diese Punkte hingewiesen, wo wir heute sind,

dass das alles eintreten wird. Er hat gemeint, er wird es schon packen. Ich sage nur, wir kämpfen jetzt auf kleinen Schauplätzen und die großen Sachen können wir im Endeffekt nicht einmal besprechen, weil wir gegenseitig keinen Kontakt haben, weil wir gegenseitig kein gutes Gesprächsklima zusammenbringen im Gemeinderat. Ich persönlich habe kein Problem mit Herrn Laab. Ich kann gut mit ihm reden. Ich habe keinerlei Berührungsängste oder sonst irgendetwas.

Was ich sehr bekrittle bei Herrn Laab, ist natürlich eines, das ist seine Mutlosigkeit zur Veränderung der Situation in Stockerau. Jetzt bin ich schon Zig-Jahre in diesem Gemeinderat und es hat sich in Endeffekt nichts zum Besseren gewendet. Es ist wurscht gewesen, was das war, alles ist in irgendeine Art und Weise hängen geblieben. Das letzte, was mich sehr gestört hat, war das Verkehrskonzept. Das weiß ein jeder von euch, der hier sitzt. Man hat es aus dem Wahlkampf herausgenommen und hat, was macht man, wenn man in Bedrängnis ist, man geht her, entweder macht man ein Gutachten, oder man geht her und macht ein neues Konzept. Das haben wir gemacht. Das hat sehr viel Geld gekostet. Aber im Endeffekt bringt es uns nicht einen Millimeter weiter. Das einmal soweit zur Veränderung.

Was mich auch sehr gestört hat, war z.B. das Projekt, wenn Ihr euch vielleicht noch erinnert, Eisenbahnmuseum. Wir haben jemanden gehabt, der € 1 Mio. Sachspenden hier einbringen hätte wollen, der Herr Dr. Fassbender. Wir haben eine Studie machen lassen. Die hat auch sehr viel Geld gekostet damals, ist zwar ein Teil davon gefördert worden. Aber es hat uns im Endeffekt viel Geld gekostet. Dann ist es darum gegangen, dass auch umzusetzen. Bei dieser Umsetzung sind wir leider Gottes wieder hängengeblieben. Es hat einen Termin, einen Termin hätte er erledigen sollen und das war nichts anderes als dass er seine Beziehungen zur ÖBB nutzt und vorspricht in der Generaldirektion, ob sie nicht als Juniorpartner mit dabei sein könnten. Ein Jahr ist vergangen. Ich habe mich angeboten und habe gesagt, ich fahre hinaus nach Hamburg und rede mit diesen beiden Brüdern und schaue, dass man vielleicht die als Partner hereinbekommen, dass die uns helfen, das auf die Beine zu stellen. Wir haben diesen Termin in der Generaldirektion nicht umsetzen können. Was war der Endeffekt? Dr. Fassbender ist hergegangen und hat diese € 1 Mio. Sachspende abgezogen und hat gesagt, dann bitte nicht in Stockerau. Hier gibt es kein Weiterkommen. Das war Eisenbahnmuseum. In der letzten Zeit, was mich z.B. auch wahnsinnig stört, wir haben heute schon gehört, Fachhochschule. Der Christian hat das in die Hand genommen und hat einen Termin ausgemacht, einen Termin mit einer anderen Fachhochschule, ob man die nicht bekommen könnten als Partner, weil alleine wir das nicht zusammen bekommen. Einen Partner. So, wir haben einen Termin und er ist eingeladen, dass er mitfährt dorthin, damit wir sprechen können mit dem Rektor, mit dieser Schule usw. Er hat sich nicht die Zeit genommen. Wir sind dann persönlich runter gefahren, haben dort vorgesprochen, haben ein gutes Gespräch gehabt und haben gesehen, was man umsetzen kann, wenn man will. Das war Pinkafeld mit einem Forschungszentrum. Da können wir nur so schauen. Das Interessante ist, das sind alles Arbeitsplätze, die wir dringendst brauchen. Die haben an dieser Schule 120 Personen angestellt. Nichts jetzt was alles in dem Forschungszentrum sonst noch ist, was von diesen Firmen dort geleistet wird usw. Solche Chancen lassen wir ganz einfach vorbeigehen. Da möchte ich auch hier vielleicht ein bisschen in der Vergangenheit etwas aufzeigen. Das ist schon ganz lange her, aber ich bin ein alter Hase jetzt schon und ich habe in meinen Jugendjahren bei etlichen Sitzungen etwas mitbekommen. Z.B. eine Sache mitbekommen, dass eine Anfrage war an Stockerau, ob sie nicht als Zuckerfabrikstandort gelten will. Das war unter Wondraks Zeiten. Wurde nicht genommen und man hat gesagt, da tun wir uns nicht bewerben, wir haben eh die Heid. Heid gibt es heute nicht mehr, die Zuckerfabrik besteht noch immer. Aber sie war leider Gottes nicht gewollt. Was ich jetzt noch dazu sagen möchte. Berufsschule, haben wir heute auch schon gehört. Berufsschule

– warum ist Eggenburg gebaut worden? Eggenburg ist gebaut worden, weil sich Stockerau nicht bemüht hat seinerzeit, um die Aufstockung der Schule. Es ist gegangen, um zusätzlichen Platz. Hat man gewusst. Es ist von Stockerau kein Brief hinausgegangen um die Erweiterung der Schule. Das weiß ich, weil Herr Hangl jeden Tag bei mir im Gasthaus und von dem habe ich das brühwarm bekommen. Was war, Eggenburg ist gebaut worden. Und was ist heute, das ist eine moderne Schule und jetzt sind wir schon Dependance von Eggenburg und wir werden wahrscheinlich, wenn es ganz blöd hergeht, auch diese Schule verlieren. Das sind Versäumnisse, das ist nur, weil man nicht, entweder traut man sich nicht oder man ist ganz einfach zu scheu, etwas anzugreifen, was die Stadt weiterbringen könnte. Das ist das, was ich dem Helmut Laab irgendwo ein bisschen ankreide, dass er keinen Mut hat. Mut hat, hinzugehen und zu sagen, Visionen zu zeigen und gemeinsam mit uns das dann auch umzusetzen. Wir haben schon sehr viele Projekte hier in der Stadt, aber die sind immer von uns gekommen. Sie sind immer entweder lächerlich gemacht worden oder abgeschmettert worden, so wie "na was wollt ihr, das brauchen wir nicht, der Vorschlag kommt von euch, dann brauchen wir das nicht". Ich will euch hier nur ein paar Sachen – Campingplatz ist bis heute nicht umgesetzt. Es ist kein Druck da. Der Druck ist zu gering, aber wir werden es vielleicht zusammenbekommen. Einkaufszentrum neben Park&Ride – nicht umgesetzt. Wir haben uns damals eingesetzt – Frequenzhebung in der Stadt, indem man diesen Mobilitätsweg umsetzt. Auch kein Druck gekommen. So ein kleiner Gemeinderat, wie ich bin, ist zu wenig dazu. Da muss man gemeinsam mit dem Bürgermeister Druck erzeugen, dann kann man solche Sachen umsetzen. Alte Au – Neue Au – von uns gekommen. Smart-City von uns eingebracht, nicht verfolgt worden. Beim Baumwipfelweg beim Konrad – von uns das Projekt gezeigt worden, vorgeschlagen worden – es hat niemand mehr darüber geredet. So geht es die ganze Zeit. Ich habe voriges Jahr im Wirtschaftsausschuss gesagt, man soll sich darum kümmern, der Minigolfplatz ist kein Zustand mehr. Wenn man sich den ansieht, ist das eine Katastrophe da draußen. Den kann ich nicht einmal auf meine Homepage nehmen, dass ich ihn bewerben tu. Das sind lauter so Kleinigkeiten, hier fehlt es mir irgendwo an Führungskraft. Danke, das waren meine Einwände, die ich dazu habe.

Gemeinderat Bartosch: Meine Damen und Herren, Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ein weiterer Kritikpunkt ist zwar schon angeschnitten worden, aber sollte doch noch mehr verdeutlicht werden. Es ist die leidige und schon sehr lange bestehende Verkehrsproblematik in Stockerau, wo sich auch wieder einmal diese Art von Politik sehr stark bestätigt.

Bereits 1985 – also vor 31 Jahren – wurde damals kostenlos ein Verkehrskonzept vom international anerkannten Prof. Hermann Knoflacher präsentiert. Geschehen ist, mit ein paar wenigen Ausnahmen, nichts damit.

Frei nach dem Motto „wenn ich nicht mehr weiter weiß, gründ‘ ich einen Arbeitskreis“, in diesem Falle „gebe ich ein Konzept in Auftrag“ wurden seither etliche Verkehrskonzepte ausgearbeitet, die allesamt in irgendeiner Schublade verschwunden sind. 1985 hatte die Stadt rund 12.000 Einwohner, heute kratzen wir an der 17.000-Einwohner-Marke und das Verkehrsaufkommen hat sich, bedingt durch verschiedene Faktoren wie steigende Zulassungszahlen und Wegfall des Eisernen Vorhangs und die Bevölkerungszunahme auch in den Einzugsgebieten von Stockerau, vervielfacht. Was entgegen dieser Entwicklungen stillsteht, ist eine zukunftsorientierte, vorausschauende Verkehrsplanung und vor allem Umsetzung. Ganz im Gegenteil. Grundstücke, welche für die Anbindung einer sinnvollen und notwendigen „Ost-Spange“ direkt zur Autobahnabfahrt Ost notwendig wären, werden kurzsichtig als Betriebsgrund verkauft und nicht für die dringend erforderlichen Verkehrsflächen reserviert bzw.

angekauft. Jetzt gibt es nur mehr die Möglichkeit, wenn überhaupt, den Verkehr über 2 Kreisverkehre zu leiten, der Zeitpunkt der Umsetzung steht ohnehin in den Sternen.

2. Beispiel: Am Gelände der ehemaligen Prinz-Eugen-Kaserne wachsen die Wohnungen wie Schwammerl aus dem Boden. 260 Wohneinheiten entsprechen ungefähr 500 Bewohner entsprechen ungefähr 500 Autos mehr, aber niemand macht sich Gedanken darüber, wie diese Bewohner zum höherrangigen Verkehrsnetz kommen sollen. Lange Staus bei unübersichtlichen, gefährlichen Kreuzungen, viel zentrumsnaher Verkehr und ein hoffnungslos überfüllter Bahnhofsparkplatz sind die Folgen des Wartens.

Es wird ein sündteures Verkehrskonzept in Auftrag gegeben, und siehe da, aus den Regionalmedien muss man erfahren, dass ein Kreisverkehr beim sogenannten „Wimmer-Eck“ diskutiert wird, welcher in diesem € 100.000,- teuren Konzept nicht einmal erwähnt wurde.

Die derzeitige Ist-Situation ist sicher einer Stadt wie Stockerau nicht würdig. Radwege enden nach wie vor im Nirwana, der Straßenzustand von fast allen Gemeindestraßen ist schwer sanierungsbedürftig, es gibt kaum eine Straße, die sanierungsbedürftig wäre, somit wird eigentlich ganz Stockerau zu einer 30er-Zone, weil viel mehr kann man eh nicht mehr fahren. Es tut sich hier auch nichts.

Eine derartige Warte- und Hinhaltspolitik kann man sich weder in einem kleinen Dorf leisten und meiner Meinung schon gar nicht in der größten Stadt des Weinviertels. Danke.

Gemeinderat Straka: Nachdem wir jetzt angesprochen worden sind, ob dieser Schritt angemessen war, möchte ich dazu kurz Stellung nehmen.

Wir haben auch schon einmal mit dem Bürgermeister zusammengearbeitet und mit den sozialdemokratischen Vertretern des Gemeinderates. Wir haben nach zwei Jahren gemerkt, dass man uns benützt und dass man mit uns nicht zusammenarbeitet. Man sieht, glaube ich, dass der Bedarf an solchen Gesprächen besteht, wo man seine Meinung sagen kann, wo ohne Tagesordnung gesprochen werden kann und ich glaube, wir haben hier ein Ventil geöffnet, damit der Kochtopf nicht explodiert. Was mich besonders freuen würde, wenn es auch Wortmeldungen von den sozialdemokratischen Vertreterinnen und Vertretern geben würde. Das wäre schön und ich glaube, dann hat unsere Sitzung zumindest etwas bewirkt.

Gemeinderätin Kopf: Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin!

Der Zustand unserer Stadt spiegelt sich auch in unseren desolaten Straßen. Wenn man mit älteren oder behinderten Personen, die man im Auto sitzen hat, durch unsere Straßen fährt, die durch Schlaglöcher bzw. Frostaufbrüchen komplett kaputt sind, werden diese alten und kranken Leute durchgerüttelt als würden sie auf einem Massagestuhl sitzen. Es wird jedes Jahr bei uns nur das Notwendigste ausgebessert, weil für ein richtiges Sanieren von Straßen leider kein Geld vorhanden ist. Danke.

Gemeinderätin Weiss: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich bin seit März 2015 im Gemeinderat. In der Antrittsrede hat Herr Bürgermeister Helmut Laab allen Fraktionen seine Zusammenarbeit angeboten. Ich habe dies sehr positiv aufgenommen. Wenn für unsere Stadt die besten Entscheidungen getroffen werden sollen, ist es meiner Meinung nach notwendig, dass alle Beteiligten offen und sachlich miteinander diskutieren, um in weiterer Folge das Beste für unsere Bürgerinnen und Bürger umzusetzen. Ich war nur in letzter Zeit oft verwundert, wie Dinge nicht kommuniziert werden. Gut, ich bin erst kurz dabei, anscheinend ist das auch bei uns so in der Politik. Jemanden persönlich anzugrei-

fen, liegt mir wirklich fern, aber ich bin überzeugt, dass gerade dieses nicht miteinander Reden und das Nicht-Miteinbeziehen aller Fraktionen auch den Bürger verunsichert. Dialogbereitschaft kostet viel Zeit und Kraft, doch zu guter Letzt würden unsere Stockerauer und Stockerauerinnen mit vielen Dingen besser umgehen können. Danke.

Gemeinderätin Trabauer: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, liebe Kollegen, Liebe Zuhörer!

Ich möchte mich der Wortmeldung meiner Kollegin Margit Weiss anschließen. Auch ich bin das erste Jahr im Gemeinderat und habe das erste Jahr für mich persönlich reflektiert und möchte auch hier die Chance nutzen, um meine Verwunderung kundzutun. Mein Thema, wo ich mich total wundere, betrifft eben die Kinderbetreuung. Ich verstehe das überhaupt nicht, wenn man ein Haus, wie z.B. den Europakindergarten so dermaßen aufbläst, eigentlich provisorisch aufbläst, anstatt einfach einen neuen Standort für einen Kindergarten zu suchen und diesen dann auch dort zu installieren. Es ist einfach so, Stockerau ist die größte Stadt im Weinviertel, wir wachsen tagtäglich, wir haben so viele Jungfamilien, wir haben so viel Bedarf einfach für Kinderbetreuung aber auch für Schulsysteme, und ich kann es überhaupt nicht nachvollziehen, wie man in so einer großen Stadt einfach diesen Nichtfortschritt lebt. Es entwickelt sich nicht, es entsteht nichts Neues, es ist eigentlich in dem Bereich nur eine Ignoranz. Danke.

Gemeinderat Pfeiler: Ich möchte nur kurz anknüpfen. Es sind diese Worte "Veränderung" und "Weiterentwicklung" gefallen. Das sind ziemlich wichtige Schlüsselworte. Immer wenn wieder neue Konzepte und Beratungen beschlossen und in Auftrag gegeben werden, dann denkt man sich ok, jetzt kommt etwas in Gange, jetzt gibt es eine Beratung, es wird strukturell abgehalten oder Themen werden abgearbeitet. Beispiele können hier herangezogen werden, z.B. die Beratungen rund um die Gemeindereorganisation, die vom KDZ betreut wurde, oder auch die Ausarbeitung des Verkehrskonzeptes. Hier wurde extra ein Gutachter, ein Berater um rund € 100.000,- beauftragt. Es wurde auch ein Betreuungsgremium aus Bevölkerung, interessierten Bürgern und Vertretern aller Fraktionen gebildet. Hier wurde schrittweise mit ihnen abgearbeitet und man hat sich gedacht, damit sich etwas bewegen kann, entsteht etwas, die Bürger werden einbezogen. Es wurde dann auch im Gemeinderatswahlkampf eingesetzt. Es wurden Aktivität und Gestaltungswille gezeigt. Es wurde ein Entwurf an die Fraktionen übergeben. Es gab mehrere Ausschusssitzungen. Es gibt aber keine weiteren Aktivitäten mehr. Das Konzept ist noch nie beschlossen worden, trotz Nachfrage, wie es weitergeht, hat sich hier seit über einem halben Jahr nichts mehr bewegt. D.h. wir haben aktuell kein gültiges im Gemeinderat beschlossenes Verkehrskonzept. Ich glaube, dass das ein wichtiger Punkt wäre, weil ein derartiges Konzept würde den Rahmen für die tägliche Arbeit der Verwaltung vorgeben. Leider und das ist dann auch der Lauf der Zeit, werden zwischenzeitlich immer wieder losgelöst und Einzelmaßnahmen umgesetzt. D.h. hier fehlt eigentlich dann auf Basis dieser Konzepte und Ausarbeitungen eine schrittweise Implementierung, um die Stadt weiterzubringen. Das ist auch einer der Mosaiksteine, die zu dieser Situation geführt haben.

Gemeinderat Hetzendorfer: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte einmal vorausschicken, dass mir unter den gegebenen Umständen dieses Misstrauensantrages es sehr unangenehm ist, meine Wortmeldung vorzubringen. Ich möchte sagen, ich habe mit Herrn Bürgermeister persönlich wirklich kein Problem.

Sicherlich ist Ihnen auch noch meine, ich glaube, man kann es durchaus Brandrede bezeichnen, zur unlängst erfolgten Umwidmung des Körner-Platzes in Erinnerung geblieben, in der ich in letzter Konsequenz an Ihr Gewissen appelliert habe, diesem vorliegenden Antrag keine Zustimmung zu erteilen. Die von uns dazu geforderte geheime Abstimmung hätte dies sicherlich auch unter Wahrung des eigenen Gesichts erlaubt. Wie hinlänglich bekannt, war diese leider vergebens. Eine Bürgerinitiative, die die unglaubliche Leistung erbracht hat - 2.004 Unterschriften. Das ist bei einer Bevölkerungszahl von 16.224 lt. Statistik Austria doch ein erheblicher Teil, die gegen die Umwidmung des Platzes unterschrieben haben, zu mobilisieren und das wurde meines Erachtens in einer eigentlich sehr undemokratischen Art und Weise abgeschmettert. Ich behaupte hier und heute, dass die Stadtgemeinde, hätte sie es versucht, nicht einmal das Zehnte dieser Unterschriften für die Pro-Umwidmung Körner-Platz aufgebraucht hätte. Was mir an dieser Sache besonders stört ist, dass auch die Stadtregerung, die eigentlich vom Grundgedanken besonders nahe an der Bevölkerung sein sollte, den Geist der Zeit, nämlich die bei Problemfällen gefühlte Ohnmacht und Hilflosigkeit der Bürger von der Regierung, scheinbar überhaupt nicht erfasst wird. Dass die Umwidmung des unmittelbaren Lebensraums, der eigentlich eine sehr emotionale Sache ist, ohne mit Bedacht geführten Dialog geradezu beängstigend wirken kann, sollte eigentlich klar sein. Wenn ich mir nun im Umkehrschluss vorstelle, ich sehe mich ganz persönlich als Bürger mit einer ähnlichen Situation konfrontiert, gehe die vorgesehenen Wege und spreche vor, schaffe ein Problembewusstsein bei meinen Mitbürgern und schaffe es, dann sogar noch diese unglaubliche Anzahl an Unterschriften für meine Sache zu sammeln, und das alles nur, um dann feststellen zu müssen, dass diese Bemühungen seitens der Stadtregerung offensichtlich ganz und gar unerheblich befunden werden, dann muss ich mit wirklich denken, sowie Herr Falb sagte, hier haben wir ein Demokratieproblem. In diesem Lichte muss ich leider schon sagen, mein Vertrauen darauf, dass der Bürgermeister als auch sein Regierungspartner Kube, der es ja bei der letzten Gemeinderatssitzung nicht verabsäumt hat, die Situation am Körner-Platz differenziert darzustellen und dann in weiterer Folge auch die Zustimmung zu erteilen, in solchen Fällen richtige Entscheidung zum Wohle der durch ihn vertretenen Bürger trifft.

Gemeinderätin Handschuh: Sehr geehrte Damen und Herren!

Die Gemeinde als Institution sollte nicht nur für die Mitarbeiter sondern auch für die Bewohner unserer Stadt die besten Voraussetzungen bieten. Schon das Kommunalwissenschaftliche Dokumentationszentrum (KDZ) hat die Einrichtung eines zentralen Bürgerbüros zur Aufgabe gestellt. Diese Einrichtung bietet die Möglichkeit, das Kulturamt mit dem Standesamt zu einem Bürgerbüro zu verschmelzen. Damit verbunden ist die Erwartung eines besseren Services für die Bürger durch eine einzige Anlaufstelle. Diese Infozentrale, vorzugsweise am jetzigen Standort der Bestattung, wäre ein echtes Aushängeschild eines Bürgerservices und böte interessante Entwicklungschancen für ein Bürgerbüro. Danke.

Gemeinderat Falb: Ich möchte vorausschicken, ich bin den Grünen dankbar für die Möglichkeit, dass wir heute einmal abseits von einem Routine- und Tagesgeschäft die Situation der Politik in unserer Stadt beleuchten. Es ist sehr viel gesagt worden. Ich habe eigentlich inhaltlich dem sehr wenig hinzuzufügen. Ich möchte auf einen Aspekt eingehen, den Herr Kollege Moser auch erwähnt hat. Es gibt ja so etwas auch wie eine gemeinsame Verantwortung, weil wir eine Koalitionsregierung in Stockerau haben. Wir haben eine Rot-Blaue-Koalition, die von Herrn Bürgermeister und von seinem Stellvertreter, dem Herrn Stadtrat Kube geführt wird. Die beiden haben die Verantwortung für das, was in unserer Stadt weitergeht, besonders für das, was in unserer Stadt nicht weitergeht. Es hat so den Eindruck, als hätte Herr Bürger-

meister seinem Stellvertreter in gewissen Themen freie Hand gegeben und sieht dessen Treiben dort zu, ohne dass er einschreitet. Und ich habe das Gefühl, dass dieses Treiben, die Aktivitäten durchaus unglücklich sind in manchen Aspekten. Der Personalausschuss, der ein großes Anliegen der FPÖ war, der ist praktisch in den Sand gesetzt worden. Da geht nichts weiter. Von einer großen Ersparnis, die man im Auge hatte, die auch medial angekündigt war, ist natürlich nichts zu sehen. Es wurde da nur einfach apodiktisch festgestellt, man kann keine Kosten einsparen. Jetzt ist auf der Homepage des Gemeindebundes, der jetzt erstmals einen sehr transparenten Kostenvergleich zwischen den österreichischen Gemeinden ihrer Kostenstruktur, ihrer Finanzsituation gibt, ersichtlich, dass mit 26% oder € 2,8 Mio. pro Jahr in Stockerau eigentlich der Personalaufwand zu hoch ist. Wir stellen uns nicht vor, wir glauben nicht, dass man das um die € 2,8 Mio., die also Vergleichsstädte besser sind als wir, als dass man das um das herunterfahren kann. Überhaupt nicht. Aber wir glauben, dass man nicht in einer Sitzung oder nach einer Sitzung feststellen kann "leider bei uns geht nichts".

Organigramm ist mehrfach erwähnt worden. Eigentlich, muss ich ehrlich sagen, das haben wir gekauft. Das hat ja auch etwas gekostet. Wir warten, obwohl es auch in der Regierungserklärung enthalten war, auf die Umsetzung. Wann wird das stattfinden? Wir haben auch sehr hohe Beratungskosten aufgrund dessen. Wir glauben, eine Qualitätsverbesserung der Verwaltung würde uns das ersparen und das Organigramm würde zweifellos, jedenfalls nach Sicht des KDZ und wir sehen das auch so, eine deutliche Qualitätsverbesserung mit sich bringen. Das ist aber, wie gesagt, geteilte Verantwortung von Herrn Stadtrat Kube und vom Bürgermeister.

Nichts geht – Sportausschuss – Ich habe kein Facebook, aber die, die das haben, erzählen mir, dass auch da jetzt. Es hat eine Aktivität gegeben, eine wahrnehmbare, das war dieser Runde Tisch zu den Hallenbadterminen in der Schwimmhalle. Auch der ist nicht so glücklich verlaufen, wie es eigentlich sein hätte sollen. Wenn ich Facebook richtig interpretiere, gibt es da nach diesem Termin deutlich mehr Verdruss als vor dem Termin. Ich glaube, dann ist es gescheiter, man erspart sich solche Termine überhaupt.

Es passieren auch Dinge positiv in der Stadt. Da ist einiges schon auch angemerkt worden. Wirtschaftsstandort, Betriebsansiedlung, auch im Kulturbereich – ich glaube, dass das nicht wegen Laab so ist, sondern dass das trotz Bürgermeister Laab so ist. Ich möchte auch noch zu dieser Idee, wo er uns auch eigentlich eine Antwort schuldig ist oder eine Perspektive schuldig ist, zu dieser Idee einer Umschuldung etwas sagen. Wir halten diese Vorgangsweise für absolut unverantwortlich, sie dient ausschließlich dazu, den Bürgermeister Laab und seinem Stellvertreter Kube für ein, zwei, drei Jahre mehr finanziellen Handlungsspielraum zu schaffen und dafür pro futuro unseren Kindern und mittlerweile auch Kindeskindern, denen Handlungsspielraum weiter zu nehmen.

Prüfungsausschuss: Als Obmann des Prüfungsausschusses möchte ich hervorheben, dass es dort eine sehr, sehr gute Zusammenarbeit mit der SPÖ gibt. Es ist ein schwieriges Thema – Prüfungsausschuss - wir sind politisch vom anderen Ufer, aber wir kommen da immer eigentlich zu guten gemeinsamen Feststellungen. Die FPÖ hat, außer bei einer einzigen Sitzung, auch das sei einmal gesagt, nicht teilgenommen am Prüfungsausschuss bisher. Sie entzieht sich ihrer klassischen Kontrollfunktion bis dato. Ich hoffe, dass das pro futuro besser wird, nachdem die Personalquerelen dort ausgestanden sind. Tatsache ist aber auch, dass viel von dem oder eigentlich alles von dem, was der Prüfungsausschuss an Feststellungen trifft und Vorschläge macht, keinen Widerhall in der Gemeindegarbeit hat.

Ein Punkt, den wir auch diskutiert haben, auch in öffentlicher Sitzung, der sei hier auch erwähnt. Es gibt ja so etwas in der Öffentlichkeit, im politischen Leben etwas wie ein Bewusstsein oder Wandel, einen Kulturwandel, was den Zugriff von Parteien auf öffentliche Mittel,



auf Steuergeld, auch auf Gemeindemittel betrifft. Diesen Kulturwandel gibt es, den machen wir durch. Das ist für manche Parteien auch ein harter Lernprozess. Tatsache ist, dass man in Stockerau sich aber weiterhin nichts dabei denkt, Wahlkampfverteilkaktionen zu finanzieren, Wahlkampfinitiativen wie das W-Lan. Das letzte Mal haben wir auch über diese Frage der eigentlich durch nichts gerechtfertigten Finanzierung oder Co-Finanzierung des Volksheimes aus Mittel der Stadt kurz gesprochen. Auch hier glaube ich, bin ich der Überzeugung, muss sich etwas tun.

Ich habe mir bei meinen Vorbereitungen heute eine Zeitung gekauft, die NÖN, und habe mir gedacht, jetzt lese ich mir einmal durch, was da drinnen steht, weil diese Schlagzeile "Grüne wollen SPÖ abstürzen, hat mich natürlich interessiert. Da bin ich auf drei Zitate, natürlich, man kann immer noch sagen, die Journalisten tun das verdrehen und tun mich runterschreiben oder was der Teufel, aber jetzt habe ich mir gedacht, die Zitate, die da drinnen sind, des Herrn Bürgermeisters, können authentisch sein. Die sagen eigentlich alles über seine Amtsführung und seine politische Persönlichkeit. Also vorne auf der Seite 5 zur heutigen Veranstaltung, zum Misstrauensantrag – es gibt keine Anschuldigungen, die einen solchen Antrag rechtfertigen. Was meint er damit? Muss ein Bürgermeister erst irgendwie Untreue begehen, was muss er machen, Silberlöffel stehlen, damit erlaubt ist, seine Person, seine Amtsführung in Frage zu stellen. Also, da gibt es keine Sensibilität für Dinge, die gut laufen, und für Dinge, die nicht so gut laufen. Ich bin nicht der Verteidiger des Kollegen Pfeiler. Wir sind wirklich in vielen Dingen ganz anderer Meinung. Aber hier wird zu Recht, und wir haben im Frühjahr auch gemeinsam Initiativen gesetzt, hier wird zu Recht, diese schleißige Informationspolitik der Stadtverwaltung, die dann zwei Tage vorher plötzlich funktioniert, da werden dann Emails verschickt, Informationsveranstaltung angekündigt, braucht scheinbar wirklich solche Sitzungen, damit sich etwas tut. Ist in Ordnung. Der Kollege Pfeiler prangert massiv diese Informationspolitik zu Recht an und die Antwort "derzeit brauchen wir Decken für die Flüchtlinge. Wenn der Herr Pfeiler welche übrig hat, kann er diese gerne vorbei bringen". Es tut mir leid, dass ist eine Antwort, die eines Bürgermeisters unwürdig ist. Unwürdig. Das ist Zynismus am Rücken der Flüchtlinge und das ist eine unwürdige Antwort. Dann habe ich diesen Spleen, ich glaube, dass die Zuschauer, dieser Saal hier, ist kein Gemeinderatssitzungssaal. Es ist ein Museum, das mir sehr gut gefällt, aber alleine die Bedingungen für die Zuseher sind unwürdig hier. Ich sage das ganz ehrlich und nicht nur im Winter sondern das ganze Jahr über. Ist eine Kleinigkeit – der hat einen Vogel, der soll es fordern und wir machen weiter die Sitzung hier – aber die Antwort ist so typisch "Ich sehe darin keine Notwendigkeit, der Saal hat jahrzehntelang die Anforderungen erfüllt". Jahrzehntelang ist vieles gut gelaufen, irgendwo. Wir brauchen eine Zukunft. Wir wollen gestalten. Wir wollen schauen, Dinge besser zu machen. Weil jahrzehntelang irgendetwas irgendwie gut funktioniert hat, wie der Gemeinderat noch kleiner war, wie sich Leute nicht interessiert haben für das, was hier drinnen geredet wird, aber jetzt scheinbar beginnen sich die Leute zu interessieren, wofür wir dankbar sind. Hat jahrzehntelang – halt das Maul, brauchen wir nicht. Das ist Bürgermeister Laab.

Ich greife noch auf, was Kollege Straka, bevor er sich zu Wort meldet, vorgeschlagen hat, weil, wie gesagt, ich nicht damit gerechnet habe, dass Herr Bürgermeister heute nicht kommt. Ich möchte **elf Fragen** den Herrn Bürgermeister formulieren. Ich bitte darum, diese zu protokollieren, damit er sie uns in der nächsten Gemeinderatssitzung auch in Ergänzung zu dem, was Kollege Straka ihn schon gefragt hat, beantworten kann.

Frage 1:

Herr Bürgermeister, wie sehen Sie die Personalkostenentwicklung der Stadtgemeinde Stockerau in den kommenden fünf Jahren?

Frage 2:

Herr Bürgermeister, wann werden Sie die Organisation der Stadtgemeinde Stockerau im Sinne des Organigrammvorschlages des KDZ, so wie versprochen, umsetzen?

Frage 3:

Herr Bürgermeister, was unternehmen Sie, um weiteren Schaden vom Stockerauer Sport abzuwenden?

Frage 4:

Herr Bürgermeister, wann kommt der externe Controller, den Sie versprochen haben?

Frage 5:

Herr Bürgermeister, wie geht es im Projekt "Umschuldung" weiter?

Frage 6:

Herr Bürgermeister, wie geht es mit der Subvention des Volksheimes weiter?

Frage 7:

Herr Bürgermeister, wie stellen Sie sich die verstärkte Einbindung der Stadträte in die Geschäfte der Stadt vor und wie werden Sie diese sicherstellen?

Frage 8:

Herr Bürgermeister, wie sehen Sie die Zukunft der KIG?

Frage 9:

Herr Bürgermeister, in welchen Schritten wird das Verkehrskonzept umgesetzt und wie steht es um die von Ihnen versprochene Prioritätenliste?

Frage 10:

Herr Bürgermeister, was haben Sie zur Absicherung des Berufsschulstandortes Stockerau bisher unternommen?

Frage 11:

Herr Bürgermeister, was haben Sie zur Ansiedlung einer tertiären Bildungseinrichtung in Stockerau bisher unternommen?

Ich möchte darüber hinaus noch einen **Antrag** einbringen.

Der Bürgermeister wird aufgefordert, Herrn Erwin Kube als Bürgermeisterstellvertreter abzu-berufen.

Ich ersuche über diesen Antrag geheim abstimmen zu lassen. Danke.

Vizebürgermeisterin Hermanek: Juristisch höre ich gerade, dass das die Entscheidung des Bürgermeisters ist und nicht die Entscheidung des Gemeinderates.

Gemeinderat Falb: Das ist richtig. Was ich zum Antrag stelle, ist, dass der Gemeinderat den Bürgermeister dazu auffordert, dass er den Bürgermeisterstellvertreter abberuft. Das ist eine Resolution des Gemeinderates. Der Gemeinderat hat das Recht, Resolutionen zu fassen. Ich stelle nicht den Antrag auf Abberufung des Bürgermeisterstellvertreters, weil der Bürgermeisterstellvertreter nicht vom Gemeinderat gewählt ist. Ich stelle den Antrag an den Bürgermeister, den Bürgermeisterstellvertreter abzu-berufen.

Stadtrat Holzer: Ich bin jetzt kein Jurist, aber wir sind da wegen eines Misstrauensantrages gegen den Bürgermeister und jetzt kommen Anträge. Es hätte die Möglichkeit gegeben, vorher Dringlichkeitsanträge einzubringen, wo man das behandelt. Das hat jetzt mit dem Misstrauensantrag gar nichts zu tun.

Zusätzlich möchte ich doch ein paar Worte sagen. Wir haben jetzt sehr vieles gehört, sogar Wondrak ist vorgekommen. Wir wissen alle, wann Bürgermeister Wondrak verstorben ist. Was hat das mit dem Misstrauensantrag gegen Bürgermeister Laab zu tun? Ich glaube, die Bevölkerung, die heute Zuhörer ist, weiß genau, um was es hier geht. Es ist eine politische Show. Von A bis Z soll Herr Bürgermeister angeschwärzt werden. Wir wissen alle, dass große einheitliche Meinungen bei den Gemeinderatsbeschlüssen bestehen und der Bürgermeister ist der, der sie umsetzt – mit kleiner Mehrheit, mit großer Mehrheit und manchmal kommt etwas heraus, was irgendjemanden hier nicht gefällt. Und das hält man nun dem Bürgermeister vor, dass er das umgesetzt hat.

€ 1 Mio. Eisenbahn – ich glaube, es war gut, dass wir nicht weiter gegangen sind, sonst hätte man Verlust gemacht. Das sind alles so Sache, die uns vorgehalten werden, dem Bürgermeister vorgehalten.

Herr Pfeiler hat gesagt, es gibt keine positive Finanzspitze. Sie kennen die Voranschläge 2015 und 2016, da wird sehr wohl eine positive Finanzspitze ausgewiesen und auch der Rechnungsabschluss 2015 wird eine ausweisen.

Finanzen werden vorgehalten. Die Fehlbeträge von 2011 bis 2015 von € 4,2 Mio. auf 1,19 Mio. kontinuierlich gesenkt und wahrscheinlich in Vorbereitung des Rechnungsabschlusses eine Verbesserung von € 3,2 Mio. Schlechte Finanzpolitik des Bürgermeisters – gebe ich Ihnen Recht - € 3 Mio. Verbesserung. Und so könnte man viele Punkte noch aufzählen, aber ich glaube, man sieht es und die Bevölkerung hat es gemerkt, von A-Z oder bis Wondrak sehr vieles hervorgeholt, alles nicht wirklich stichhaltig. Viele Fragen, die heute aufgeworfen sind, könnte man in den einzelnen Ausschusssitzungen, in den Gemeinderatssitzungen stellen und sie würden beantwortet werden. Wäre kein Problem gewesen. Aber wirklich jetzt das demokratische Recht einer Sitzung mit einem Misstrauensantrag dazu benützen, finde ich für eine Aktion, die nicht sehr förderlich ist für eine Zusammenarbeit. Es wird dem Bürgermeister vorgeworfen, die Zusammenarbeit passt nicht und dann benützt man so eine Sitzung, mit dem Bürgermeister Laab ist sehr schlecht zu reden und ihm Sachen vorhalten, womöglich er nichts dafür kann. Das zeigt genau das, was die Grünen damit bezweckt haben. Sie haben uns vorgeschlagen mit 3 Mandaten und 900 Stimmen, Herr Straka hatte, glaube ich, 30 Vorzugsstimmen, wir sollen eine Koalition mit ihnen eingehen. Die SPÖ mit über 3.000 Stimmen und 1.200 Vorzugsstimmen für Herrn Bürgermeister. Es ist nicht passiert und jetzt ist es ein persönlicher Rachefeldzug gegen den Bürgermeister. So sehe ich das.

Gemeinderat Hopfeld: Othmar ich möchte dir nur sagen. Es ist keine politische Diskussion und keine Anschwärzung, sondern wir haben Bedenken, dass man bei gewissen Sachen vielleicht mehr dahinter steht und etwas ändert an der ganzen Sache. Wenn wir, du sagst, es sind € 1 Mio. und € 4 Mio. hätte es uns gekostet.

Stadtrat Holzer: € 5 Mio.

Gemeinderat Hopfeld: Gut, dann sind es € 5 Mio., ist die Differenz € 4 Mio., und du machst ja solche Sachen, um etwas zu erwirtschaften. Wir suchen dringendst irgendwelche Sachen, damit sich mehr in Stockerau bewegt, dass die Arbeitsplätze auch abgesichert werden, dass die Frequenz erhöht wird. Ich muss irgendwann einmal anfangen, etwas in die Hand zu neh-

men. Ich kann nicht, wenn ich weiß, dass immer dasselbe ist und es bewegt sich nichts und ich lasse alles beim Gleichen und dann ist ein jeder Vorschlag schlecht. Bezüglich Wondrak – ich kann nichts dafür, dass ich seinerzeit dabei gesessen bin als Kind noch.

Stadtrat Holzer: Aber Herr Laab kann auch nichts dafür.

Gemeinderat Hopfeld: Das habe ich auch nicht gesagt. Das war ein Beispiel.

Vizebürgermeisterin Hermanek: Bitte darüber jetzt keine Diskussion. Das Protokoll ist sonst sehr schwer zu führen.

Stadtrat Moser: Gut, machen wir keine Finanzsitzung daraus. Nur ein kurz zu meinem Kollegen und Freund Othmar Holzer. Die Erfolgsstory im Budget ist nicht aufgrund grandioser Wirtschaftspolitik sondern wir haben Tilgungen ausgesetzt, wir haben die Rücklage, die letzte, wie von Didi Pfeiler gesagt, aufgelöst, wir haben die Gebührenhaushalte hinaufgeschraubt in Rekordüberschüsse, wir haben Transfers aus dem a.o. Bereich. Die buchhalterische Verbesserung ist da, aber strukturelle Reformen waren es wirklich nicht. Den Abschluss 2015 kennen wir noch nicht. Da ist der angesprochene Info-Vorteil für SPÖ und FPÖ offenbar evident. Wir wissen diese Details für den Abschluss 2015 noch nicht.

Gemeinderat Straka: Zur Wortmeldung mit den Decken, die vorbeigebracht werden sollen. Es wäre wahrscheinlich wirklich besser gewesen, wenn das ein öffentlicher Aufruf an alle gewesen wäre und nicht nur an eine Person. Die Nachrichten aus dem Bezirksgericht schauen nicht so gut aus. Es gibt Gedränge bei den Spendenausgaben, es gibt kein Geschirr, die Unterstützung dort ist wirklich sehr mangelhaft.

Stadträtin Eisler: Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, werte Besucher! Die Grünen wissen ganz genau, dass die Obsorge der Asylanten eine Firma hat. Das ist die Firma SCL und die betreuen. Die sind nicht verpflichtet, uns Informationen zu geben. Das möchte ich einmal klarstellen. Von Frau Dr. Riedler wurden vier Nachrichten, die erste war im September, an euch gesendet über das, was passiert. Es gibt jetzt insgesamt im Georg-Danzer-Haus, im Haus Ibrahim und in privaten Unterkünften mit 1. Februar 123 Flüchtlinge mit unterschiedlichem Status, wobei im ehemaligen Bezirksgericht derzeit 45 Personen aus Afghanistan und in Familienverbänden untergebracht sind. Diese Woche werden keine weiteren Flüchtlinge mehr erwartet, weil noch Umbauarbeiten vor allem im Sanitärbereich des ehemaligen Gerichtsgebäudes durchgeführt werden. Bezugnehmend auf die nächste Veranstaltung, eine Informationsveranstaltung am 16. März, wissen wir auch noch nicht, ob das Haus dann schon belegt sein wird oder nicht. Ich denke mir, wenn wir nicht selber von den Betreuern dort informiert werden, was sollen wir weitergeben. Man kann nicht auf Vermutungen sagen – ich habe heute einen Container voll Kleidung hingebraht, ich habe einen Klein-Lkw mit Spielwaren und einen Klein-Lkw mit Geschirr und Hygieneartikeln hingebraht, was die SPÖ-Frauen sammeln. Wir machen kein Theater darum. Wir haben gesagt, wir sammeln und das gehört jetzt weg. So sollte es auch sein. Wenn die Kollegin Schneider auf Facebook schreibt "bitte bringen Sie" und es landet

Gemeinderätin Schneider: Nicht die Frau Schneider.

Stadträtin Eisler: Auf Facebook "bringen sie es zur Frau Würfel". Die Frau Würfel steht dann bei mir und sagt "kann ich euch etwas bringen". Das ist kontraproduktiv.

Gemeinderat Straka: Weil die Koordination fehlt.

Stadträtin Völkl: Aber Elfi, du bist ja eh die Stadträtin für diese Situation, du hast es eh in der Hand.

Stadträtin Eisler: Ja, aber ich habe auch nicht mehr Information.

Stadträtin Völkl: Ich finde es beachtlich, das muss man sagen, dass du dich da so einklinkst mit den Spenden, und dass du dich da so persönlich beteiligst.

Gemeinderätin Schneider: Man müsste fragen, wie Herr Glück einen Tag vorher zu den Informationen gekommen ist. Wir haben die Information erst nachher bekommen. Es kann nicht sein, dass in einer Stadt wie Stockerau das gesamte Asylthema nur vom Engagement der Zivilbevölkerung bzw. von der Zusammenarbeit der Glaubensgemeinschaften getragen wird. Es muss das Stadtoberhaupt, der Bürgermeister klar dahinter stehen. Er hat in keiner Weise irgendwie Stellung genommen.

Vizebürgermeisterin Hermanek: Bitte Herr Gemeinderat Falb, wenn Sie noch einmal den Antrag stellen.

Gemeinderat Falb: **Antrag:** Der Bürgermeister wird aufgefordert, Herrn Erwin Kube als Bürgermeisterstellvertreter abzuverufen. Ich beantrage eine geheime Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt.

Vizebürgermeisterin Hermanek: Wir stimmen jetzt ab, ob diese Abstimmung geheim sein soll.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen, geheime Abstimmung**

| <u>Prostimmen:</u> |    | <u>Gegenstimmen:</u> |   | <u>Stimmenthaltung:</u> |   |
|--------------------|----|----------------------|---|-------------------------|---|
| SPÖ                | 16 | SPÖ                  | 0 | SPÖ                     | 0 |
| ÖVP                | 10 | ÖVP                  | 0 | ÖVP                     | 0 |
| FPÖ                | 4  | FPÖ                  | 0 | FPÖ                     | 0 |
| GRÜNE              | 3  | GRÜNE                | 0 | GRÜNE                   | 0 |
| NEOS               | 0  | NEOS                 | 0 | NEOS                    | 0 |

Vizebürgermeisterin Hermanek: Es gibt nun eine geheime Abstimmung über diesen Antrag.

Stimmzettel werden ausgeteilt

Als Vertrauenspersonen sollen Stadtrat Holzer und Gemeinderat Hopfeld beigezogen werden.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Ein ja auf dem Stimmzettel bedeutet, der Antrag vom Gemeinderat Falb wird unterstützt.  
Ein nein auf dem Stimmzettel bedeutet, der Antrag vom Gemeinderat Falb wird nicht unterstützt.

Stadtrat Kube erklärt sich befangen und nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**Abstimmungsergebnis:**

|                       |                             |
|-----------------------|-----------------------------|
| abgegebene Stimmen:   | 32                          |
| ungültige Stimmen:    | 1 (leer)                    |
| gültige Stimmen:      | 31                          |
| davon mit ja gestimmt | 13 Stimmen für den Antrag   |
| mit nein gestimmt     | 18 Stimmen gegen den Antrag |

**Somit ist der Antrag von Gemeinderat Falb mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Vizebürgermeisterin Hermanek: Wenn es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, dann kommen wir zur Abstimmung über den Misstrauensantrag.

Gemeinderat Straka: Frage – ob es noch Antworten zu den von mir gestellten Fragen, speziell zu dieser Wohnungsvergabe, gibt.

Vizebürgermeisterin Hermanek: Von mir war die Frage, ob es noch Wortmeldungen gibt und jetzt meldet sich niemand mehr, dann kommen wir zur Abstimmung gemäß Tagesordnung.

Gemeinderat Mayer: Da ich auch angegriffen wurde, ich hätte mich eigentlich nicht zu Wort gemeldet, aber ich möchte schon sagen, wir arbeiten sehr intensiv mit der SPÖ zusammen. Wir haben sicher schon einiges weitergebracht. Die Punkte, die hier angeschnitten wurden von 2010 bis 2013 möchte ich in Erinnerung rufen bzw. haben es die Grünen schon selbst gesagt, sie haben mit der SPÖ mitgearbeitet, zusammengearbeitet. Und sind da keine Auswirkungen vorgekommen? Ich kann mich täuschen, aber wenn man selbst zugeben muss, dass man verkauft worden ist, dann ist man mit einer schlechten Einstellung in diese Verhandlung gegangen. Wir können sagen, wir arbeiten wirklich intensiv zusammen, wir sitzen sehr viele Stunden zusammen, außerhalb des Ausschusses und des Gemeinderates. Wir haben sehr viele Probleme und jeder, der glaubt, man kann eine Politik oder ein Budget in einem Jahr ändern, dann leben Sie leider in einer Wolke, die wir nicht erfüllen können.

Auch der Personalausschuss ist nicht totgesagt sondern es dauert auch seine Zeit. Ich bin beim Bundesheer beschäftigt und wir haben Reformen von 2010, die noch immer nicht ganz umgesetzt wurden. Ich möchte sagen, KDZ hat alleine für eine Säule, dass wir das in Griff bekommen, mit neuen Arbeitsplatzbeschreibungen sechs bis neun Monate für eine Säule angegeben. Wir wollen vier Säulen neu aufbauen. Wenn hier jemand kommt und sagt, man soll in einem Monat fertig sein, der hat keine Ahnung von dem, was da dahinter steckt.

Vizebürgermeisterin Hermanek: Gibt es jetzt noch eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt "Misstrauensantrag". Wenn das nicht der Fall ist, dann kommen wir zur Abstimmung über diesen Misstrauensantrag.

Die Abstimmung muss mit Stimmzettel und geheim erfolgen.  
Die Wahlzelle ist der Trauungsaal.

Zur Entscheidung über die Gültigkeit oder Ungültigkeit sollen wieder Stadtrat Holzer und Gemeinderat Hopfeld als Vertrauenspersonen beigezogen werden.

**Beschluss:** **einstimmig beschlossen**

Gemeinderat Falb: Nur eine Frage formaler Natur. Wie ist der Stimmzettel gestaltet?

StADir. Riedler: Die Stimmzettel sind vorgedruckt, es ist der Text des Antrages darauf und mit ja, nein oder Stimmenthaltung zum Ankreuzen.

Gemeinderat Falb: Danke.

Vizebürgermeisterin Hermanek: Ich unterbreche die Sitzung für die Wahlhandlung.

Die Stimmzettel werden ausgeteilt.

Die Sitzung wird wieder aufgenommen, alle haben Ihre Stimme abgegeben und brachte folgendes Ergebnis.

|                     |    |
|---------------------|----|
| abgegebene Stimmen: | 33 |
| ungültige Stimmen:  | 0  |
| gültige Stimmen:    | 33 |

davon sind

|                             |            |
|-----------------------------|------------|
| für den Misstrauensantrag   | 13 Stimmen |
| gegen den Misstrauensantrag | 20 Stimmen |
| Stimmenthaltung             | 0 Stimmen  |

**Somit ist der Misstrauensantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt.**

Vizebürgermeisterin Hermanek: Ich danke den Mitgliedern des Gemeinderates und schließe die heutige Gemeinderatssitzung.

Applaus

Die Vizebürgermeisterin

Susanne Hermanek

Für die ÖVP-Fraktion

StR Dr. Christian Moser

Für die FPÖ-Fraktion

StR Kube Erwin

Für die NEOS

*entschuldigt*

GR Dr. Martin Fischer

Für das Protokoll

StADir. Dr. Maria-Andrea Riedler

Für die GRÜNEN-Fraktion

GR Mag. Andreas Straka

Schriftführerin

Doris Eder